



ASIEN/PAKISTAN - Asiatische Menschenrechtskommission fordert Abschaffung der Todesstrafe in Pakistan

Islamabad (Fidesdienst) – Die „Asian Human Rights Commission“ hat zusammen mit zahlreichen christlichen Bewegungen und Organisationen eine Kampagne für die Abschaffung der Todesstrafe auf den Weg gebracht. Dies geht aus einer Verlautbarung hervor, die dem Fidesdienst vorliegt. Dabei fordert die Kommission die pakistanische Regierung zur „Anerkennung und zum Schutz des Rechts auf Leben“ für jeden Bürger des Landes. „Der Mord an Häftlingen ist nur eine Fortsetzung der Gewalt“, heißt es in der Verlautbarung. Unterdessen wird der Beschluss der pakistanischen Regierung begrüßt das Moratorium für den Vollzug der Todesstrafe zu verlängern. Dieser Beschluss kommt insgesamt 8.000 in Pakistan zum Tode verurteilte Gefangenen zugute.

„In Pakistan ist die Todesstrafe oft das Ergebnis eines ungerechten Prozesses“, so die Kommission weiter, „Es ist gefährlich die Todesstrafe in einem Justizsystem anzuwenden, das keine gerechten und unparteiischen Verfahren garantiert“. Korruption sei in Pakistan immer noch weit verbreitet. „Oft erkaufen sich Reiche eine Ausweg..., während Arme ihrem Schicksal überlassen bleiben“, beklagt die Kommission.

Für insgesamt 27 Straftaten ist in Pakistan die Todesstrafe vorgesehen, deren Vollzug üblicher Weise in Form der Erhängung stattfindet. Nichtregierungsorganisationen fordern von der neuen Regierung eine Revision der Liste dieser Straftaten, die auch „Blasphemie“, Ehebruch, Drogenhandel und Eisenbahnsabotage umfassen.

„Der Königsweg ist die Abschaffung der Todesstrafe, denn dies würde auch die Position Pakistans als Schützer der Menschenrechte auf internationaler Ebene stärken“, heißt es in der Verlautbarung abschließend. (PA)
(Fidesdienst, 11/10/2013)